

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Parteifreundinnen,
liebe Parteifreunde,

in jeder Sitzungswoche des Deutschen Bundestages berichte ich Ihnen über die aktuellen politischen Geschehnisse aus Berlin. Ferner gebe ich Ihnen einen Einblick in meine Arbeit und meinen Einsatz für Mannheim in Berlin. Jederzeit können Sie auch einen Überblick über meine politische Arbeit auf meiner Homepage oder auf meiner Facebookseite gewinnen.

Ich wünsche Ihnen frohe Ostern und erholsame Feiertage.

Es grüßt Sie sehr herzlich
Ihr
Egon Jüttner



HEUTE LESEN SIE IM BERICHT AUS BERLIN:

1. Drittes Gesetz zur Änderung des Bundesfernstraßenmautgesetzes
2. Assoziierungsabkommen zwischen der Europäischen Union und Ukraine, Georgien und Moldawien
3. Beteiligung bewaffneter Streitkräfte an EUTM Somalia
4. Europas Wettbewerbs- und Zukunftsfähigkeit durch Forschung und Innovation stärken

1. Drittes Gesetz zur Änderung des Bundesfernstraßenmautgesetzes

In zweiter und dritter Lesung beschloß der Deutsche Bundestag die Dritte Änderung des Bundesfernstraßenmautgesetzes und stellte die notwendige Finanzierung der Verkehrsinfrastruktur und die umweltpolitische Lenkungswirkung der Lkw-Maut sicher. Hierzu wird die Mautpflicht zum 1. Juli 2015 auf weitere 1.100 Kilometer vierstreifiger Bundesstraßen ausgedehnt und die Mautpflichtgrenze zum 1. Oktober 2015 von 12 auf 7,5 Tonnen zulässiges Gesamtgewicht abgesenkt.

Am Freitag beschloss der Deutsche Bundestag die Ausweitung der Finanzierung des Erhalts und des Ausbaus des Bundesfernstraßennetzes auf alle Nutzer. Durch eine Einführung der Pkw-Maut erhofft sich die Bundesregierung den hohen Standard des stark belasteten Bundesfernstraßennetzes aufrecht zu erhalten und dem prognostizierten Verkehrszuwachs im Personen- und Güterverkehr erfolgreich zu begegnen. Mit einer Ausweitung der Nutzerfinanzierung können größere Unabhängigkeit vom Bundeshaushalt und mehr Planungssicherheit für die Finanzierung von dringend erforderlichen Verkehrsinfrastrukturinvestitionen erlangt werden.

Halter von Fahrzeugen, die im Ausland zugelassen sind, können im Internet oder an Tankstellen zwischen einer Vignette für zehn Tage, zwei Monate oder einem Jahr wählen. Für sie gilt die Abgabe nur auf Autobahnen. Inländische Autobesitzer hingegen erhalten automatisch eine Jahresvignette, deren Kosten vom Kraftfahrt-Bundesamt abgebucht werden. Diese Jahresvignette gilt auf Autobahnen und Bundesstraßen. Die Höhe der Abgabe beträgt maximal 130 Euro und richtet sich nach Hubraum und Umweltfreundlichkeit. Für Halter von Pkw und Wohnmobilen, die in Deutschland zugelassen sind, entstehen jedoch keine Mehrbelastungen, da die entsprechende Summe über die Kfz-Steuer wieder zurückfließt. Statt einer Gebührenmarke aus Papier, die auf die Windschutzscheibe aufgeklebt wird, ist eine elektronische Vignette geplant. Das bedeutet, dass alle Mautzahler an ihrem Kennzeichen zu erkennen sind, das bei Zahlung der Abgabe registriert wird. Die Überwachung der Lkw-Maut funktioniert bereits ähnlich.

2. Assoziierungsabkommen zwischen der Europäischen Union und Ukraine, Georgien und Moldawien

Der Bundestag hat das Assoziierungsabkommen zwischen der Europäischen Union und der Ukraine mit großer Mehrheit gebilligt. Dafür stimmten die beiden Regierungsfractionen CDU/CSU und SPD sowie Bündnis

90/Die Grünen. Die Linke votierte dagegen. Anschließend stimmten die Abgeordneten auch den Assoziierungsabkommen der EU mit Georgien und der Republik Moldau zu.

Über das Assoziierungsabkommen mit der Ukraine war jahrelang verhandelt worden. Als der frühere ukrainische Präsident Viktor Janukowitsch Ende 2013 die Unterzeichnung des unterschriftsreifen Papiers ablehnte, löste das anhaltende Proteste im Land aus. Diese führten später zur Absetzung und Flucht Janukowitsch' und in der Nachfolge zur Annexion der Krim durch Russland und zum blutigen Konflikt im Osten des Landes.

Ziel der Abkommen ist es, Handelsbeschränkungen zwischen der EU auf der einen und der Ukraine, Georgien und Moldawien auf der anderen Seite weitgehend abzubauen. Zudem sollen die drei Staaten rechtliche und wirtschaftliche Standards der EU übernehmen. Dabei will die EU Reformen in Verwaltung und Justiz unterstützen wie auch die Bekämpfung der Korruption.

Die entsprechenden Gesetze gehen nun zunächst an den Bundesrat, dessen Zustimmung als Formsache gilt. Anschließend muss noch Bundespräsident Joachim Gauck unterschreiben, damit die Ratifizierung durch Deutschland endgültig werden kann. Die Verträge treten erst in Kraft, wenn alle 28 Mitgliedsstaaten der EU zugestimmt haben.

3. Beteiligung bewaffneter Streitkräfte an EUTM Somalia

Die CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag unterstützt den Antrag der Bundesregierung auf Verlängerung der Ausbildungs- und Beratungsmission der Bundeswehr in Somalia bis zum 31. März 2016. Die personelle Obergrenze von 20 Soldatinnen und Soldaten soll beibehalten werden. Ziel der EU-geführten Mission ist weiterhin, die fragile Staatlichkeit in Somalia zu stabilisieren und eine funktionierende, staatlich kontrollierte Sicherheitsarchitektur aufzubauen. Mit ihrer Tätigkeit leistet die Bundeswehr einen wichtigen Beitrag zur Befähigung des somalischen Militärs, Stabilität und Sicherheit in Somalia selbst zu gewährleisten. Die Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte erfolgt auf Grundlage des Ersuchens der somalischen Regierung mit Schreiben vom 27. November 2012 und 11. Januar 2013 sowie der Beschlüsse des Europäischen Rates vom 15. Februar 2010 und 22. Januar 2013 in Verbindung mit den Resolutionen 1872 (2009) und 2158 (2014) des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen.

4. Europas Wettbewerbs- und Zukunftsfähigkeit durch Forschung und Innovation stärken

In einem gemeinsamen Antrag der CDU/CSU- und der SPD-Bundestagsfraktion wird die Bedeutung von Forschung und Innovation als Schlüssel für die langfristige Sicherung und Stärkung von Europas Wettbewerbs- und Zukunftsfähigkeit herausgestellt. Gleichzeitig wird die Bundesregierung aufgefordert, die Weiterentwicklung des Europäischen Forschungsraums weiterhin konsequent unter voller Berücksichtigung des Subsidiaritätsprinzips, jedoch in enger Zusammenarbeit mit der Europäischen Kommission und den Wissenschaftsorganisationen voranzutreiben. Damit einhergehen muss eine intelligente Vernetzung

nationaler, bilateraler und europäischer Forschungs- und Innovationspolitik. Der Antrag fordert darüber hinaus eine regelmäßige Berichtspflicht der Bundesregierung gegenüber dem Bundestag zur internationalen Kooperation in Bildung, Wissenschaft und Forschung mit Schwerpunkt auf Europa zu etablieren.

5. Daten und Fakten zur Deutschen Wirtschaft

Die deutsche Wirtschaft wird im Jahr 2015 um 2,2 Prozent wachsen, für 2016 werden 1,9 Prozent prognostiziert. Nach einem kräftigen ersten Halbjahr 2015 werden die Unternehmen demzufolge ihre Produktionskapazitäten nahezu auslasten und dann mit Raten zulegen, die ihrem Potenzialwachstum entsprechen. Getragen wird das Wachstum in erster Linie vom privaten Konsum, vor allem gestützt durch den anhaltenden Beschäftigungsaufbau. Für 2015 wird mit rund 300.000 und für das kommende Jahr mit rund 200.000 zusätzlichen Jobs gerechnet. Anzeichen für eine Überhitzung der Konjunktur werden nicht gesehen: Wichtige Absatzmärkte wie der Euroraum und die chinesische Wirtschaft entwickeln sich nur schwach und auch die Investitionen nehmen nur verhalten zu.

6. Relevantes aus Mannheim

Deutscher Buchhandlungspreis erstmals ausgeschrieben

Ich habe alle unabhängigen und inhabergeführten Buchhandlungen in Mannheim aufgefordert, sich um den Deutschen Buchhandlungspreis zu bewerben. In einem Schreiben machte ich die Inhaber von Mannheimer Buchhandlungen auf diesen 2015 erstmals von Kulturstaatsministerin Prof. Monika Grütters MdB ausgeschriebenen Preis aufmerksam. Mit ihm soll ein Zeichen für den Erhalt eines flächendeckenden Netzes an Buchhandlungen in Deutschland gesetzt werden. Der insgesamt mit einer Million Euro ausgestattete Preis soll zur Bewusstseinsbildung und Sensibilisierung der Verbraucher beitragen, indem er innovative, literarisch und kulturell engagierte stationäre Buchhandlungen prämiert, die mit ihrem Angebot der persönlichen Beratung durch den stark wachsenden Onlinehandel zunehmend unter Druck geraten. Insbesondere Buchhandlungen mit innovativen Geschäftsmodellen, besonderer Lese- und Literaturförderung oder kulturellen Veranstaltungsprogrammen dürfen auf Hauptpreise in Höhe von 25.000 Euro oder weitere Preise in Höhe von 15.000 bzw. 7.000 Euro hoffen.

Die persönliche Beratung durch Buchhändler kann durch keinen noch so guten Algorithmus ersetzt werden. Die kleinen, inhabergeführten Buchhandlungen sind unverzichtbar für die Vielfalt unserer Buchkultur. Ich hoffe daher auf eine rege Teilnahme Mannheimer Buchhandlungsinhaber an dem nun erstmals ausgelobten Preis.



Gerne nehme ich Anregungen von Ihrer Seite auf.
Schreiben Sie mir bitte nach Berlin oder rufen Sie mich
an.

Prof. Dr. Egon Jüttner MdB

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Tel. 030 / 227 – 722 91

E-Mail: egon.juettner@bundestag.de

Internet: www.egon-juettner.de